



Protokoll

1. Sitzung des Gemeinderates Montag, 18. Mai 2026, 19:00 Uhr bis 20:24 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Eröffnung der Sitzung durch das amtsälteste Mitglied
- 2 Mitteilungen
- 3 Protokollabnahme
- 4 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2026/2027
- 5 Kommission Planung und Bau (KPB), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030
- 6 Kommission Soziales und Gesundheit (KSG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030
- 7 Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030
- 8 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030
- 9 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030
- 10 Weisung 119/2026 des Stadtrates: Modulbau für Asylsuchende, Bankstrasse 42, Kat.-Nr. B 6676; Bauabrechnung
- 11 Weisung 125/2026 des Stadtrates: Musikschule Uster Greifensee (MSUG), Erweiterung und Optimierung Raumbedarf Schulhaus Dorf; Bauabrechnung

- 12 Weisung 126/2026 des Stadtrates: Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss; Bauabrechnung
- 13 Weisung 134/2026 der Primarschulpflege: Umsetzung Pädagogisches Medien- und Informatikkonzept; Kreditabrechnung
- 14 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Walter Meier (EVP), amtsältestes Mitglied (bis TOP 4a) Marco Kranner (Grünliberale), Präsident (ab TOP 4b)
Protokoll	Daniel Reuter, Ratsschreiber
Anwesend	36 Ratsmitglieder
Sekundarschulpflege	Benno Scherrer, Präsident Margrit Bucher-Heer Caroline Ott-Mönnig
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr Thoma, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Daniel Frei, Abteilungsvorsteher Finanzen Richard Sägesser, Abteilungsvorsteher Bau Pascal Sidler, Stadtschreiber
Medien	Erik Hasselberg, AvU

Der Vorsitzende begrüsst die Medienleute und das Publikum auf der Tribüne. Das Publikum hat sich jeder Äusserung von Beifall oder Missbilligung zu enthalten (Art. 56 Abs. 2 OrgErl GR). Entgegen dem eindeutigen Wortlaut könnte Beifall nach den Wahlen fürs Ratspräsidium toleriert werden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

1 Eröffnung der Sitzung durch das amtsälteste Mitglied

Der Vorsitzende, **Walter Meier (EVP)**, eröffnet die Sitzung und hält folgende Ansprache:

Geschätzte Anwesende

Geschätzte neu gewählte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte neu gewählte Stadträte, geschätzte Gemeinderätinnen, Stadträtinnen, Stadträte und Gemeinderäte, die den Betrieb schon kennen und kürzer oder länger dabei sind

Als amtsältestes Mitglied im Gemeinderat darf ich heute die Sitzung eröffnen. Allerdings sind zumindest zwei Personen im Saal, die noch länger dabei sind als ich. Da ist die Stadtpräsidentin, welche in der KBK war, als ich im Sommer 2002 in den Rat nachrückte, und da ist Paul Stopper, welcher bereits im Gemeinderat sass, als ich noch nicht volljährig war. (Heiterkeit im Saal)

Aus dem Rückblick der letzten bald 24 Jahre ein paar wenige Tipps:

- Unser Rat lebt von Kompromissen. Wir werden während einer Legislatur der anderen Ratsseite nicht immer unsere Meinung aufzwingen können. Aus diesem Grund halte ich diejenigen Entscheidungen für die besten, bei denen beide Seiten einigermassen unzufrieden sind.*
- Es kommt immer wieder mal vor, dass man einen Ratskollegen, einen Stadtrat oder einen Angestellten der Stadt in ein fernes Land verbannen möchte – vielleicht auch auf den Mond. Denkt daran, dass es sein könnte, dass ihr mit dieser Person in der fernen oder nicht so fernen Zukunft wieder einmal zusammenarbeiten solltet. Vielleicht für einen Kompromiss, vielleicht für eine Auskunft. Man kann auch in der Sache klar sein und trotzdem so reden, dass man dem Angesprochenen nachher noch in die Augen schauen kann.*
- Fragt nach. Wir haben damals NPM eingeführt, jedes Jahr ein paar Geschäftsfelder mehr. Wichtigster Unterschied für mich: Früher haben wir bei den Budgetdebatten darüber gestritten, ob die Stadt nun CHF 20'000 oder CHF 25'000 für Büromaterial oder was immer ausgeben darf. Bei NPM geht es um Inhalte und um Wirkungen. Ihr habt zumindest zweimal im Jahr – bei der Jahresrechnung und bei Budget – die Gelegenheit, mit den Leitenden der Geschäftsfelder Gespräche zu führen und diese mit Fragen zu löchern. Nur so lernt ihr kennen, wie die Verwaltung tickt, was alles gemacht oder auch nicht gemacht wird. Fragt und geht den Dingen auf den Grund.*
- Langweilt nicht. Die Redezeiten sind beschränkt; in der Regel auf 5 Minuten. Denkt aber daran, dass euch oft nach zwei Minuten keiner mehr zuhört. Man muss nicht immer alles sagen, was man auch noch sagen könnte. Zudem: Sätze wie «Wir haben Fragen gestellt und alle wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet» sind völlig überflüssig; diese kann man weglassen.*
- Etwas anderes ist es, wenn ihr als Kommissions-Sprecherinnen und –Sprecher ein Geschäft erläutern müsst. Dann dürfen es durchaus auch ein paar Details mehr sein. Wirklich ätzend sind die Durchhalteübungen, d.h. die Debatten zur Jahresrechnung und zum Budget.*

Heute aber geht es um die Wahl des Präsidiums. Und das soll gefeiert werden. Geniessen wir den heutigen Abend. Die Knochenarbeit kommt noch früh genug.

Stimmzähler

Der Vorsitzende bezeichnet in Anwendung von Art. 2 Abs. 2 OrgErl GR provisorisch als Stimmzähler:

Patricio Frei (Grüne), Jürg Krauer (FDP) und Andres Ott (SVP).

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

2 Mitteilungen

2.1 Erneuerungswahl des Gemeinderates, Rechtskraftbescheinigung

Die Erneuerungswahl von 36 Mitgliedern des Gemeinderates für die Amtsdauer 2026-2030 hat am 12. April 2026 stattgefunden. Gegen diese Wahl ist beim Bezirksrat Uster bis 4. Mai 2026 kein Rechtsmittel (Stimmrechtsrekurs) eingelegt worden.

2.2 Isabel Eigenmann (Die Mitte), Wahlablehnung

Isabel Eigenmann (Die Mitte) hat am 17. April 2026 aus persönlichen Gründen ihre Wahl in den Gemeinderat abgelehnt. Sie wurde erstmals am 27. März 2022 in den Rat gewählt. Von 2022 bis 2024 gehörte sie der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) sowie von 2024 bis 2026 der Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) an. Sie hat ein Postulat, eine Parlamentarische Initiative und vier Anfragen erst- oder mitunterzeichnet. Wir danken ihr für das Engagement im Parlament und wünschen ihr alles Gute für die Zukunft. (Applaus)

2.3 Francesca Scheidegger (Die Mitte), Wahl als Gemeinderätin

Der Stadtrat hat Francesca Scheidegger (Die Mitte) am 5. Mai 2026 für die Amtsdauer 2026-2030 als gewählt erklärt (Stadtratsbeschluss 186/2026). Die amtliche Publikation ihrer Wahl ist vom Stadtrat als wahlleitende Behörde erst am Mittwoch, 13. Mai 2026 erfolgt, darum darf unsere Kollegin heute weder abstimmen noch wählen, weil die Rechtskraftbescheinigung des Bezirksrat Uster – Frist für einen allfälligen Rekurs in Stimmrechtssachen bis heute – noch nicht vorliegt. Sie wurde aber in Anwendung von Art. 29 OrgErl GR zur Teilnahme eingeladen und darf im Plenum sein.

2.7 Einführungskurs Parlamentsmitglied

Der «Einführungskurs Parlamentsmitglied» findet am Montag, 8. Juni 2026, 18 Uhr statt und ist nicht öffentlich.

2.8 Aufnahmen auf Bildträger (Art. 55 OrgErl GR)

Ratspräsident Ali Özcan (SP) hat am 6. Mai 2026 verfügt, dass heute von der LG Öffentlichkeitsarbeit für unsere Website Übersichtsbilder aus dem Plenum gemacht werden dürfen.

Fraktionserklärungen

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion verliest **Claudia Frei (Grünliberale)** folgende Fraktionserklärung: *Mitte April haben 10 Eltern von zukünftigen Kindergartenkindern, wohnhaft an der Weiherallee, ein Schreiben der Primarschule Uster erhalten. Darin wurde ihnen angekündigt, dass ihre Kinder nach den Sommerferien den Kindergarten im Schulhaus Gschwader starten werden. Ja, sie hören richtig.*

Auch werden 6 Kinder aus der Brand- und Gartenstrasse in den Kindergarten Brunnenwiese eingeteilt.

All diese Zuteilungen haben Transporte von 4jährigen Kindern zur Folge, die je nach persönlicher Situation das erste Mal in einem ausserfamiliären Setting betreut werden. Diese Kinder kommen das erste Mal mit unserem Schulsystem in Kontakt und haben die Möglichkeit, Freundschaften mit Kindern ausserhalb von ihrem nächsten Umfeld knüpfen zu können. Sie haben normalerweise die Möglichkeit, auf ihrem Weg in den Kindergarten zu trödeln und unglaublich spät zu Hause anzukommen. In diesem Fall muss man jedoch sagen, sie „hätten“ die Möglichkeit. Denn wie sollen diese Kinder mit ihren Kindergartenspännli abmachen? Wie, ohne, dass ein grösserer Aufwand der Eltern notwendig wird, indem sie ihre Kinder durch die ganze Stadt karren? Es ist geplant, dass die Kinder einen Weg bis zum Transportbus zurücklegen sollen, so, dass sie doch einen Schulweg haben. Was passiert nun, wenn die Kinder trödeln und nicht zum notwendigen Zeitpunkt dort sind? Was passiert, wenn die Kinder im zweiten Kindergartenjahr über den Mittag nach Hause, essen gehen? Wie lange haben sie dann Pause?

Mit solchen Zuteilungen nimmt man den Kindern vor allem eines: Autonomie. Man nimmt ihnen die Möglichkeit, selbstständig mit ihren neuen Freunden abmachen zu können, man nimmt ihnen die Mittagspause im zweiten Kindergarten und man macht den Kindergartenweg zum Stress.

Es ist allgemein bekannt, dass die Kinder mittlerweile sehr früh eingeschult, beziehungsweise in sehr frühen Jahren in den Kindergarten müssen. Für manche Kinder zu früh. Was es gerade für

diese sehr kleinen Kinder bedeutet, so weit weg von zu Hause zu sein, mögen wir uns nicht vorstellen.

Auch führt diese Aktion zu einigem Mehrverkehr. So müssen Eltern, deren Kinder dann die Betreuung im Schulhaus Gschwader besuchen, diese ja mit dem Auto abholen. Mit Ökologie hat das nichts zu tun.

Die Grünliberale/EVP-Fraktion ist der Auffassung, dass Kindergarten- und Schulzuteilungen möglichst quaternah erfolgen müssen. Ja. Müssen. Die Kinder müssen die Möglichkeit haben, den Weg selbstständig zurücklegen zu können und auch ihre sozialen Kontakte selbstständig pflegen zu können.

In den aktuellen Fällen wird selbstverständlich mit schulorganisatorischen Gründen argumentiert. Aber: wir alle wissen um die hohe Gewichtung, die die Primarschulpflege der sozialen Durchmischung beimisst. Wir sind der Auffassung, dass die Autonomie der Kinder definitiv höher zu gewichten ist, als die Ideologie und werden entsprechend aktiv werden. Auch geben wir Geld lieber für die Betreuung der Kinder aus, als für Schultransporte. Hier behalten wir uns eine entsprechende Budgetkürzung vor. Denn die Schule sollte für unsere Kinder da sein und nicht die Kinder für die Ideologie einer Schule.

Persönliche Erklärungen

Paul Stopper (BPU) verliest folgende «Erklärung zu einer Strafanzeige von Guido Schär, Leiter Verwaltung Primarschule Uster, gegen mich als Gemeinderat»:

Am 14. April 2026 erhielt ich von der Station Uster der Kantonspolizei Zürich, eine «Vorladung zu einer delegierten Einvernahme als beschuldigte Person im Strafverfahren betreffend Ehrverletzung/übler Nachrede». Der Termin war auf den Donnerstag, 7. Mai 2026 angesetzt.

Auf Verlangen der KAPO musste ich mich vom Bezirksrat vom Amtsgeheimnis entbinden lassen, weil ich als Gemeinderat dem Amtsgeheimnis unterstehe. Dieser Akt war aber ziemlich unnötig, weil sich die Strafanzeige auf eine Anfrage bezog, die keinerlei Amtsgeheimnisse enthielt.

Zu Beginn der Einvernahme eröffnete mir die KAPO, dass die Strafanzeige von Herrn Guido Schär, Leiter der Schulverwaltung Uster, eingereicht wurde. Die Anzeige bezog sich einzig und allein auf die von 5 Gemeinderäten eingereichte Anfrage 641/2026 vom 19. Januar 2026 betreffend Primarschule Uster zur Situation im Schulhaus Pünt. Die Anzeige ist jedoch nur gegen mich gerichtet.

Auf meine Frage, ob der Anzeigersteller eine Ermächtigung der Schulpflege Uster oder des Stadtrates Uster und eine Entbindung vom Amtsgeheimnis vorweisen könne, konnte der Polizist nicht antworten. Die Frage steht darum auch heute im Raum, ob der Leiter der Schulverwaltung mit der Zustimmung und im Einvernehmen mit der Schulpflege gegen mich vorging oder ob er eigenmächtig gehandelt hat.

Der Gemeinderat übt Aufsichtsfunktion über die Stadtverwaltung aus. Es ist meines Erachtens äusserst befremdlich, dass ein Verwaltungsangestellter Strafanzeige gegen einen Gemeinderat erhebt, weil ihm die gestellten Fragen aufstossen. Müssen die Gemeinderäte nun damit rechnen, dass sie bei künftigen Anfragen mit einem Strafverfahren rechnen müssen?

In der Einvernahme wurden mir kuriose Fragen gestellt, wie z.B. wie ich mich zur Forderung von Guido Schär von 2'000 Franken als Genugtuung stelle. Ich antwortete, dass es der Staatsanwaltschaft überlassen sei zu beurteilen, ob sie ein Strafverfahren einleiten will oder nicht. Ich frage mich einzig, ob Guido Schär die Summe für sich persönlich beantragte oder für die Primarschulpflege.

Ich bin der Meinung, dass es Zeit ist, dass sich die Schulpflege und der Stadtrat mit der Person Guido Schär auseinandersetzt. Eine Administrativuntersuchung über die Kompetenzüberschreitungen und -anmassungen dieser Person wäre am Platz. Und je nach Ausgang müssten allenfalls personelle Konsequenzen gezogen werden.

3 Protokollabnahme

Das Protokoll der 46. Sitzung des Gemeinderates vom 13. April 2026 (Amtsdauer 2022-2026) ist am 4. Mai 2026 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen.

Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

4 Geschäftsleitung (GL), Konstituierung für das Amtsjahr 2026/2027

Die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten sowie der Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten erfolgt geheim (Art. 73 Abs. 4 OrgErl GR in Verbindung mit §§ 26 und 31 Gemeindegesetz [GG]). Das gilt auch für die Wahl der übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung und für Kommissionsmitglieder, sofern mehr Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 73 Abs. 3 OrgErl GR).

Im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im dritten Wahlgang das relative Mehr (§ 31 GG).

Während eines Wahlgangs darf sich die Zahl der stimmberechtigten Ratsmitglieder nicht verändern. Die Ratsmitglieder sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden. Wählbar ist jedes Ratsmitglied mit Ausnahme des abtretenden Präsidenten, der für das folgende Jahr weder als Präsident noch als Vizepräsident wählbar ist (Art. 5 Abs. 2 OrgErl GR).

Die Stimmzähler sowie der Ratsschreiber amten als Wahlbüro (Art. 72 Abs. 2 OrgErl GR). Die Wahlprotokolle sind jeweils vollständig auszufüllen.

a) Geschäftsleitung, Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten

Der Vorsitzende, **Walter Meier (EVP)** bittet den Präsidenten der IFK um den Wahlvorschlag.

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Silvan Dürst (SVP)**, schlägt zur Wahl vor: Marco Kranner (Grünliberale).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Wahlzettel sind von den Stimmzählern auszuteilen.

Die Wahlzettel sind einzusammeln und in die Urne zu legen; sie werden im Ratssaal ausgezählt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	36
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	2
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	33
absolutes Mehr	17
Gewählt ist mit Stimmen:	
Marco Kranner	31
Ferner erhielten Stimmen:	
Josua Graf	1
Ursula Räuftlin	1
massgebende Wahlzettel	33

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

1. **Marco Kranner (Grünliberale) wird als Präsident für das Amtsjahr 2026/2027 gewählt.**
2. **Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

Präsident Marco Kranner (Grünliberale) übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache: *Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Ustermerinnen und Ustermer hier im Saal.*

Wenn mir vor 5 Jahren jemand gesagt hätte, dass ich heute hier als Präsident des Gemeinderats sitzen würde, dann hätte ich vermutlich laut gelacht und ungläubig den Kopf geschüttelt. Doch es ist anders gekommen und nun sitze ich hier und blicke in ein Ratszimmer voller Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich in den kommenden Monaten die Zukunft unserer Stadt gestalten darf. Nun habe ich also für ein Jahr die Führung hier im Saal übernommen. Und diese neue Rolle, dieses plötzliche „Kommando“ über ein ganzes Team an einem zentralen Steuerpult, erinnert mich unweigerlich an einen ganz alten Traum.

Wer von Ihnen hat als Kind oder heimlich auch noch als Erwachsener davon geträumt, einmal in einem Raumschiff zu sitzen? Einmal wie bei Star Trek in die unendlichen Weiten des Weltraums zu fliegen? (Kurze Pause, Blick ins Publikum)

Ich gebe es offen zu: Ich bin ein riesiger Fan von Science-Fiction und Weltraumforschung. Mich fasziniert das Unbekannte, das Utopische. Aber wenn wir heute durch Uster laufen, merken wir: Die Zukunft, die wir früher in den Kinossesseln bestaunt haben, hat uns längst eingeholt. Wir müssen nicht mehr ins Weltall fliegen, um Science-Fiction zu erleben. Wir stehen bereits mittendrin. Wir haben die Schwelle zu einem neuen Zeitalter nicht nur erreicht. Wir haben sie bereits überschritten. Was erwartet uns in dieser Zukunft? Schauen wir der Realität ins Auge. Arbeitsplätze, die aus einfachen, wiederkehrenden Aufgaben bestehen, werden immer schneller von Künstlicher Intelligenz übernommen. Das ist keine Panikmache, das ist Realität.

Da stellen sich plötzlich neue, existenzielle Fragen: Werden wir in Zukunft ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen müssen? Und die viel wichtigere Frage für den Alltag: Wann räumt der Haushaltsroboter endlich meine Küche auf, während ich am Greifensee spazieren gehe? (Lächeln) Und machen wir uns nichts vor: Auch wir in der Politik, wir hier im Gemeinderat werden davon voll erfasst. Ob wir das nun wollen, ob wir es heute schon sehen oder nicht. Die Welt dreht sich weiter, und sie tut es rasant.

Besonders drastisch sehen wir das bei der nächsten Generation. Viele junge Menschen haben in den letzten Jahren ihre Zukunft auf Karrieren gesetzt, die sich plötzlich in Luft aufgelöst haben, noch während sie im Studium waren. Weil eine Software plötzlich das kann, was sie jahrelang gebüffelt haben.

Deshalb müssen wir Klartext reden: Der alte Gesellschaftsvertrag hat ausgedient.

Das alte Versprechen: „Schreib gute Schulnoten, geh an eine gute Universität, mach deinen Abschluss und du hast einen sicheren Job bis zur Pension.“ Das funktioniert nicht mehr. Dieser Weg ist Geschichte.

Der neue Weg sieht völlig anders aus:

Es geht darum, seine eigene Bestimmung, seine echte Leidenschaft zu finden. Wir müssen unsere Denkweise komplett verändern. Es geht darum, Experte auf einem Gebiet zu werden, den Mut zu haben, ein eigenes Unternehmen zu gründen oder sich einem jungen, wilden Startup-Team anzuschliessen. Kurz gesagt: Wir müssen die Zukunft selbst gestalten.

Was braucht es dafür von uns allen? Aus meiner Sicht drei Dinge:

- *Durchhaltevermögen, wenn der Wind rau wird.*
- *Eine lebenslange Lernbereitschaft, weil das Wissen von heute Morgen schon alt ist.*
- *Und das Wichtigste, das keine Maschine der Welt ersetzen kann: Soziale Kompetenzen. Das Zwischenmenschliche. Empathie.*

Und genau hier kommen wir als Uster ins Spiel. Wie meistern wir diesen Schritt in dieses neue Zeitalter? Die Antwort ist simpel: Wir müssen zusammenarbeiten. Nur gemeinsam kommen wir ans Ziel. Dieser Satz wird in diesem Amtsjahr auch mein Motto sein.

Keine Behörde, kein Gewerbebetrieb und kein Verein schafft diesen Wandel im Alleingang. Wir brauchen echte Innovationen, um die nächsten Schritte für unsere Gesellschaft zu machen. Aber, und das ist mir für mein Präsidiumsjaar das allerwichtigste Anliegen: Wir dürfen den einzelnen Bürger bei dieser politischen Arbeit niemals vergessen. Innovation bringt uns gar nichts, wenn wir die Menschen auf dem Weg verlieren. Wir müssen die Sprache der Leute sprechen, greifbar sein und zuhören.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein intensives, spannendes Jahr vor uns. Ich freue mich darauf, dieses Amt mit einer gesunden Portion Optimismus, viel Elan und gemeinsam mit Euch allen auszuüben.

Gehen wir es an. Gestalten wir Uster so, dass wir bereit sind für die Zukunft.

Und was den Haushaltsroboter angeht, den ich vorhin erwähnt habe: Sollte jemand von Ihnen in den nächsten Monaten ein Modell entdecken, das im Gemeinderat fehlerfrei Protokolle schreibt, Sitzungen verkürzt und auf Knopfdruck Kaffee serviert... (kurze Pause) ...bringen Sie ihn bitte direkt zu mir. Ich übernehme die Testphase höchstpersönlich!

Vielen Dank für Ihr Vertrauen. Auf ein grossartiges gemeinsames Jahr! (Applaus)

b) Wahl der 1. Vizepräsidentin oder des 1. Vizepräsidenten

Präsident Marco Kranner (Grünliberale): Ich bitte den Präsidenten der IFK um den Wahlvorschlag.

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Silvan Dürst (SVP)**, schlägt zur Wahl vor: Silvio Foiera-Jenzer (EDU).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Wahlzettel sind von den Stimmezählern auszuteilen.

Die Wahlzettel sind einzusammeln und in die Urne zu legen; sie werden im Ratssaal ausgezählt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	36
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	0
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	35
absolutes Mehr	18
Gewählt ist mit Stimmen:	
Silvio Foiera-Jenzer	26
Ferner erhielten Stimmen: / Es erhielten Stimmen:	
Josua Graf	2
Gianluca Di Modica	1
Benjamin Streit	4
Paul Stopper	1
Markus Zoller	1
massgebende Wahlzettel	35

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Silvio Foiera-Jenzer (EDU) wird als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2026/2027 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

c) Wahl der 2. Vizepräsidentin oder des 2. Vizepräsidenten

Präsident Marco Kranner (Grünliberale): Ich bitte den Präsidenten der IFK um den Wahlvorschlag.

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Silvan Dürst (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:
Aude Ratia-Brasier (SP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Wahlzettel sind von den Stimmezählern auszuteilen.

Die Wahlzettel sind einzusammeln und in die Urne zu legen; sie werden im Ratssaal ausgezählt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	36
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	0
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	35
absolutes Mehr	18
Es erhielten Stimmen:	
Aude Ratia-Brasier	17
Angelika Zarotti	12
Gianluca Di Modica	1
Tanja Göldi	4
Marius Weder	1
massgebende Wahlzettel	35

Niemand hat das absolute Mehr erreicht, darum findet ein 2. Wahlgang statt.

Die Wahlzettel sind von den Stimmezählern auszuteilen.

Die Wahlzettel sind einzusammeln und in die Urne zu legen; sie werden im Ratssaal ausgezählt.

2. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	36
eingegangene Wahlzettel	35
-leere Wahlzettel	0
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	35
absolutes Mehr	18
Gewählt ist mit Stimmen:	
Aude Ratia-Brasier	23
Ferner erhielten Stimmen:	
Angelika Zarotti	11
Tanja Göldi	1
massgebende Wahlzettel	35

(Applaus)

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

1. **Aude Ratia-Brasier (SP) wird als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2026/2027 gewählt.**
2. **Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

d) Wahl der Stimmzählerinnen und Stimmzähler

Präsident Marco Kranner (Grünliberale): Ich bitte den Präsidenten der IFK um den Wahlvorschlag.

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Silvan Dürst (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Patricio Frei (Grüne), Jürg Krauer (FDP) und Andres Ott (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

1. **Patricio Frei (Grüne), Jürg Krauer (FDP) und Andres Ott (SVP) werden als Stimmzähler für das Amtsjahr 2026/2027 gewählt.**
2. **Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

5 Kommission Planung und Bau (KPB), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030

Gemeinsame Behandlung von TOP 5 bis TOP 9.

Präsident Marco Kranner (Grünliberale): *Sie haben von der Interfraktionellen Konferenz (IFK) am 6. Mai 2026 einen gemeinsamen Wahlvorschlag für alle Erneuerungswahlen der Kommissionen erhalten. Die Namen der Vorgeschlagenen sind darin veröffentlicht worden. Sofern diese Wahlvorschläge nicht vermehrt werden, beantrage ich Ihnen, die Geschäfte 5 bis 9 gemeinsam zu behandeln.*

Paul Stopper (BPU): *Ich kann dem Antrag, Angelika Zarotti als Präsidentin der Kommission Bildung und Gesellschaft zu wählen, nicht zustimmen. Ich habe dabei nichts gegen Angelika Zarotti persönlich. Ich kann jedoch die Wahl nicht unterstützen, weil es «ungesund» ist, wenn das Präsidium der Aufsichtskommission über die Primarschule der gleichen Partei angehört wie die Schulpräsidentin.*

Die Kommission Bildung und Gesellschaft braucht eine kritische Distanz zum Präsidium der Primarschule. Wenn beide Präsidien der gleichen Partei angehören, fehlt diese kritische Distanz. Das hat sich kürzlich deutlich gezeigt. Unsere Anfrage zu den Vorkommnissen in der Primarschule hätte die Kommission Bildung und Gesellschaft hellhörig machen müssen. Nichts davon ist geschehen. Die Kommission Bildung und Gesellschaft traf sich nicht einmal zu einer Sitzung. Angelika Zarotti und Patricia Bernet sind sich kollegial zu nahe.

Die Wahlvorschläge werden nicht vermehrt.

Der **Präsident** erklärt alle Vorgeschlagenen als gewählt. Weiter zu TOP 10 (Weisung 119/2026).

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Es werden für die Amtsdauer 2026-2030 gewählt:

Präsident Ulrich Schmid (SVP, bisher)

Gianluca Di Modica (FDP)

Patricio Frei (Grüne, bisher)

Tanja Göldi (SP)

Martin Keller (SVP, bisher)

Jürg Krauer (FDP, bisher)

Aude Ratia-Brasier (SP)

Ursula Räuftlin (Grünliberale, bisher)

Benjamin Streit (SVP, bisher)

2. Mitteilung an den Stadtrat.

6 Kommission Soziales und Gesundheit (KSG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030

Gemeinsame Behandlung von TOP 5 bis TOP 9.

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Silvan Dürst (SVP)**, vorgelegt, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgesprochenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Es werden für die Amtsdauer 2026-2030 gewählt:

Präsident Josua Graf (Grünliberale)

Anita Ajder (Grüne)

Silvio Foiera-Jenzer (EDU, bisher)

Flavia Keller (SP)

Urs Lüscher (EVP)

Ali Özcan (SP, bisher)

Francesca Scheidegger (Die Mitte)

Paul Stopper (BPU, bisher)

Markus Zoller (SVP, bisher)

2. Mitteilung an den Stadtrat.

7 Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030

Gemeinsame Behandlung von TOP 5 bis TOP 9.

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Silvan Dürst (SVP)**, vorgelegt, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Es werden für die Amtsdauer 2026-2030 gewählt:**
 - Präsidentin Angelika Zarotti (SP, bisher)**
 - Lukas Adam (Grüne)**
 - Claudia Frei (Grünliberale)**
 - Dieter Hohmann (SVP, bisher)**
 - Walter Meier (EVP, bisher)**
 - Daniel Schnyder (SVP, bisher)**
 - Alexandra Spörri (FDP)**
 - Balthasar Thalmann (SP)**
 - Marc Thalmann (FDP, bisher)**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

8 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030

Gemeinsame Behandlung von TOP 5 bis TOP 9.

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Silvan Dürst (SVP)**, vorgelegt, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Es werden für die Amtsdauer 2026-2030 gewählt:

Präsident Matthias Bickel (FDP, bisher)

Ramona Büsser (SP)

Silvan Dürst (SVP, bisher)

Désirée Gruber (SVP)

Marco Kranner (Grünliberale, bisher)

Andres Ott (SVP, bisher)

Simon Vlk (FDP, bisher)

Thomas Wälchli (Grüne)

Marius Weder (SP, bisher)

2. Mitteilung an den Stadtrat.

9 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Erneuerungswahlen für die Amtsdauer 2026-2030

Gemeinsame Behandlung von TOP 5 bis TOP 9.

Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK), von deren Präsidenten, **Silvan Dürst (SVP)**, vorgelegt, wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Es werden für die Amtsdauer 2026-2030 gewählt:**
 - Präsident Patricio Frei (Grüne, bisher)**
 - Gianluca Di Modica (FDP, bisher)**
 - Josua Graf (Grünliberale, bisher)**
 - Walter Meier (EVP, bisher)**
 - Andres Ott (SVP, bisher)**
 - Ali Özcan (SP)**
 - Daniel Schnyder (SVP, bisher)**
 - Marc Thalmann (FDP, bisher)**
 - Marius Weder (SP, bisher)**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

10 Weisung 119/2026 des Stadtrates: Modulbau für Asylsuchende, Bankstrasse 42, Kat.-Nr. B 6676; Bauabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Gianluca Di Modica (FDP)**: *Mit der Weisung 48/2023 genehmigte der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 22. Januar 2024 einen Baukredit von CHF 1'690'000 inkl. MwSt. für den Umzug der von der Stadt Uster für CHF 326'440.- (siehe SRB71/2023 vom 7.3.23) erworbenen Modulbauten vom Gelände der Stiftung Wagerenhof an die Bankstrasse 42 in Uster.*

Der Umzug verlief planungs- und wunschgemäss, so dass die Stadt Uster seiner Verpflichtung Asyl- und Schutzsuchende gemäss der vom Kanton jeweils vorgegebenen Quote jederzeit nachkommen konnte – auch während der Umzugs- und Wiederaufbauphase.

Die Prüfung der Abrechnung am 27. März 2026 ergab, dass alle Belege [Stichprobe] sowie die Kontenausdrucke vorhanden sind und bis auf eine Rundungsdifferenz von 2 Rappen übereinstimmen. Die Abrechnung ist somit vollständig und die Buchhaltung weist Kosten von total CHF 1'869'665.93 inkl. MwSt. aus. Die Weisung des Stadtrates weist ein Total von CHF 1'869'665.91 aus.

Innerhalb der verschiedenen Arbeitsgattungen ergaben sich diverse Mehr- und Minderkosten. Die Mehrkosten überwiegen allerdings und die Bauabrechnung schliesst somit mit Mehrkosten von CHF 179'665.93 oder plus 10.6% gegenüber dem bewilligten Kredit.

Die RPK war etwas irritiert, dass ein befristeter Modulbau formal und baurechtlich als «Neubau» klassifiziert wurde und insbesondere, was dies für Konsequenzen mit Kostenfolgen nach sich zog. So musste eine PV-Anlage ergänzt werden. Diese konnte allerdings über das separat dafür vorgesehene Solar-Budget abgerechnet werden und belastet somit diese Bauabrechnung nicht direkt. Das Aushubmaterial der Foundationen war schadstoffbelastet und musste fachgerecht abgeführt und entsorgt werden. Ein marginal negativ ausgefallenes Lärmgutachten führte zu baulichen Anpassungen im Bereich des 3. Stocks. Die Lärmvorschriften kamen trotz der befristeten Aufenthaltsdauer der Bewohnenden zur Anwendung. Im Bereich der Kanalisation musste mangels Gefälle eine aufwendigere Lösung mit zusätzlichen Grabarbeiten ausgeführt werden.

Insgesamt beurteilt die RPK die umgesetzte Lösung inkl. der vorliegenden Kostenabrechnung als gut und dankt den mit dem Umzugsprojekt betrauten Abteilungen Soziales und Finanzen für ihr Zutun.

An der Sitzung vom 30. März 2026 konnte die RPK das Geschäft im Beisein von Sozialvorständin Stadträtin Petra Bättig und der Geschäftsfeldleiterin Liegenschaften Karin Reifler beraten.

Die RPK hat der Vorlage mit 9:0 Stimmen zugestimmt und empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme der Bauabrechnung.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Gianluca Di Modica (FDP)**: *Die Anschaffung der zuvor vom Wagerenhof genutzten Modulbauten für rund 320'000 Franken war aus unserer Sicht richtig und vorausschauend.*

Gerade in einer Zeit, in der sich die geopolitische Lage zuspitzte und solche Unterkünfte zunehmend knapp wurden, war es sinnvoll, rasch und pragmatisch zu handeln. Dass die Abteilung Soziales diese Gelegenheit erkannt und genutzt hat, verdient Anerkennung. Dafür danken wir.

Weniger erfreulich resp. nicht zu unterschätzen ist allerdings der zweite Teil der Geschichte.

Denn es zeigt sich: Nicht die Beschaffung selbst treibt die Kosten in die Höhe, sondern die Umsetzung. Montage, Umzug, Wiederaufbau und Inbetriebnahme der Modulbauten an der Bankstrasse 42 schlagen mit fast 1,87 Millionen Franken zu Buche. Das ist dann doch ein erheblicher Betrag.

Besonders schade ist dabei, dass der ursprünglich bewilligte Kredit um 10,6 Prozent überschritten wurde. Das ist unschön — auch wenn wir der vorliegenden Weisung letztlich zustimmen.

Irritiert hat uns aber vor allem die baurechtliche Einstufung dieses Projekts als «Neubau». Und zwar gleich in zweifacher Hinsicht.:

Erstens stellt sich die Frage: Weshalb war diese Einstufung nicht bereits in der Vorprüfung bekannt und somit Bestandteil des ursprünglichen Kreditantrags?

Und zweitens — und das wiegt schwerer: Weshalb wurde ein befristeter Modulbau überhaupt wie ein regulärer Neubau behandelt?

Bei der Einstufung als Neubau stellt sich für uns die Frage nach dem nötigen Augenmass.

Denn genau diese Einstufung führte dazu, dass zusätzliche Auflagen erfüllt werden mussten — unter anderem ein Lärmgutachten. Dieses kam zum Schluss, dass in Teilen des dritten Stocks die Vorgaben minimal nicht eingehalten würden. Die Folge waren zusätzliche bauliche Anpassungen und damit weitere Kosten.

Auch hier fragen wir uns: Wurde genügend berücksichtigt, dass es sich um eine temporäre Unterkunft handelt? Dass Menschen dort nicht dauerhaft wohnen, sondern sich befristet aufhalten? Wir haben Zweifel, ob in diesem Verfahren genügend pragmatisch gehandelt wurde.

Ein privater Investor hätte eine solche Beurteilung vermutlich kritisch hinterfragt und nicht einfach akzeptiert. Genau dieses kritische Mitdenken erwarten wir auch innerhalb der Verwaltung — selbst wenn das zwischen städtischen Abteilungen vielleicht nicht üblich sein mag.

Denn verantwortungsvoller Umgang mit Steuergeld bedeutet auch, regulatorische Entscheide zu hinterfragen, wenn sie unverhältnismässige Mehrkosten auslösen.

Umso mehr hoffen wir nun auf neue Impulse.

Nach den Wahlen vom 12. April 2026 werden die für solche Projekte zentralen Abteilungen Bau und Finanzen künftig von neuen Stadträten geführt. An dieser Stelle wünschen wir den beiden – Richi und Dani – viel Erfolg und Erfüllung im neuen Amt und auf gute Zusammenarbeit.

Wir sind zuversichtlich, dass künftig wieder stärker mit dem eingeforderten Augenmass, Pragmatismus und Kostenbewusstsein entschieden wird.

Die Abteilungsvorsteherin Soziales, **Stadträtin Dr. Petra Bättig**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Abstimmung

Wer die Weisung annehmen will, stimmt JA. Wer die Weisung ablehnt, stimmt NEIN.

Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:

- 1. Die Bauabrechnung «Modulbau für Asylsuchende, Bankstrasse 42, Kat.-Nr. B6676» im Betrag von Fr. 1 869 665.93 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Das Projektkonto 21460061 mit einem Saldo von Fr. 1 869 665.93 kann aufgelöst werden.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

11 Weisung 125/2026 des Stadtrates: Musikschule Uster Greifensee (MSUG), Erweiterung und Optimierung Raumbedarf Schulhaus Dorf; Bauabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier (EVP)**: *Das Schulhaus Dorf wurde als Musik-Schulhaus umgebaut und entspricht den Bedürfnissen der Musikschule sehr gut. Der Gemeinderat hat dazu am 20. Januar 2020 (der in der Weisung erwähnte 3. September 2019 entspricht dem Datum der Weisung) einen Baukredit von Fr. 1'617'000 bewilligt. Die wesentlichen Punkte:*

- *In fünf grossen Klassenzimmern wurden Leichtbauwände eingebaut, um kleinere Unterrichtszimmer zu erhalten.*
- *Im 1. und 2. OG wurden in zwei Räumen freistehende Schlagzeugboxen eingebaut.*
- *Aus brandschutztechnischen Gründen mussten neue Leuchten im Fluchtwegbereich und neue Brandschutztüren eingebaut werden.*
- *Ein Lift wurde für sechs Geschosse eingebaut und der Zugang von der Seite Parkplatz «Schulweg» wurde so angepasst, dass dieser nun schwellenlos ist.*

Die Bauarbeiten fanden von Mai bis November 2020 statt. Aufgrund der Coronakrise verzögerte sich der Bauablauf geringfügig. Die Umzugstermine konnten eingehalten werden.

Die Bauabrechnung schliesst mit Fr. 1'471'521.80 ab, das heisst rund Fr. 145'000 unter dem Baukredit. Der BKP 2 (Gebäude) schliesst aufgrund von Vergabeerfolgen um rund Fr. 112'000 besser ab als budgetiert. Die sonstigen Mehrkosten von rund Fr. 40'000 konnte mit den Reserven (Fr. 73'000) aufgefangen werden. Der Umbau ist gelungen, die Musikschule ist mit „ihrem“ Schulhaus sehr zufrieden.

Aufgrund meiner Prüfung der Unterlagen stelle ich fest:

- *Die Belege sind vorhanden und stimmen mit den Kontenauszügen überein (Differenz von Fr. 0.05).*
- *Die Abrechnung ist vollständig.*

Die RPK empfiehlt einstimmig (9 : 0 Stimmen), dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Daniel Frei**, nimmt Stellung: *Ich wollte aus Höflichkeit gegenüber dem Gemeinderat bei meinem ersten Ratsgeschäft nicht einfach nur schweigen. Ich nehme den Hinweis des amtsältesten Ratsmitglieds aber sehr gerne entgegen, darum möchte ich das Gesagte dazu nicht wiederholen und schliesse mich den Erläuterungen des RPK-Referenten mit Dank an alle Beteiligten an. Wir werden bei anderen Geschäften später sicher noch einiges zu diskutieren haben.*

Abstimmung

Wer die Weisung annehmen will, stimmt JA. Wer die Weisung ablehnt, stimmt NEIN.

Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:

- 1. Für das Projekt «Musikschule Uster Greifensee (MSUG), Erweiterung und Optimierung Raumbedarf Schulhaus Dorf» wird die Bauabrechnung von Fr. 1 471 521.80 Franken inkl. MWST genehmigt.**
- 2. Das Investitionsprojekt 4906001 «Musikschule Uster Greifensee (MSUG), Erweiterung und Optimierung Raumbedarf Schulhaus Dorf» wird mit einem Saldo von Fr. 1 471 521.75 aufgelöst.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat und die Primarschulpflege.**

12 Weisung 126/2026 des Stadtrates: Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss; Bauabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Andres Ott (SVP)**: *Im Juni 2018 genehmigte der Stadtrat für den Kanalisationsanschluss und den Einbau einer WC-Anlage in der Püntenanlage Winikerwiesen einen einmaligen Baukredit von 370'000.-*

Im Juni 19 wurde dies vom Gemeinderat genehmigt.

Die Garten-Wasserzuleitungen, und die WC-Anlage waren altershalber in schlechtem Zustand, ein Kanalisationsanschluss fehlte und die Anlage war unterdimensioniert.

Zur Kanalisation musste eine Versickerungsanlage für das Dachwasser erstellt werden.

Im Winter müssen die Wasserleitungen temperiert gehalten werden, gegen das Einfrieren.

Der Strombezug über das Pfadiheim konnte nicht gemacht werden, weil die dortige Kapazität schon ausgeschöpft war, es hätte eine Erschliessung über die Trafostation benötigt was mit 140'000.- als zu teuer eingestuft wurde.

Für die Deckung des Strombedarfs wurde eine PV – Anlage installiert, der überschüssige Strom wird bis zum Verbrauch in Batterien gespeichert. Weil dies nicht reichte, wurde noch ein Benzingerator zusätzlich installiert.

Die Bauabrechnung schliesst, inklusiv Fördergelder, mit 382'551.80 ab was 3.4% über dem Budget liegt.

Ich habe diverse Nachfragen gestellt welche alle beantwortet wurden.

Ich habe einige Belege Stichprobenartig untersucht ein paar davon konnte ich nicht zuordnen, weil der Betrag aufgeteilt wurde, dies wurde mir jedoch aufgezeigt.

Die RPK empfiehlt einstimmig (9:0 Stimmen), dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Andres Ott (SVP)**: *In den Zeitungen können wir lesen, dass die Atomkraftwerke Leibstadt und Gösgen 20 Jahre länger im Betrieb gelassen werden können. Die GLP lässt dazu verlauten, dass sie nur dafür sei, wenn der Ausbau der neuen erneuerbaren Energien dadurch nicht beeinträchtigt werden.*

Bei unserem Geschäft seht ihr exemplarisch, wie die neuen erneuerbaren Energien so funktionieren.

Erneuerbar heissen sie, weil die Anlagen dazu alle 20 Jahre erneuert werden müssen.

Diese werden aus seltenen Erden und anderen raren Materialien hergestellt.

Dies geht am Schluss mit riesigen unverwertbaren Abfallbergen einher.

Im Clubhaus werden nun im Jahresdurchschnitt 9.6 kWh pro Tag verbraucht, die Batterien haben eine Kapazität von 25 kWh, somit sind diese nach zwei – drei Tagen ohne Sonne leer. Im Winter bei weniger Sonne und entsprechend höherem Durchschnittsverbrauch natürlich dementsprechend schneller.

Deshalb was braucht es nun einen Benzingerator, der den fehlenden Strom produziert, soll dies ist nun die glorreiche Lösung für unsere neue Stromversorgung sein?

Die Ganze Stromproduktionsanlage hat nun etwa 83'000.- Fr. gekostet, wenn wir von einer Lebensdauer von ca. 25 Jahren ausgehen und das Benzin vernachlässigen kommen wir auf einen kWh Preis von 66 Rp. Das sind die günstigen neuen erneuerbaren Energien, die trotz extremen Subventionen trotzdem viel zu teuer sind.

Wenn eine Liegenschaft nicht erschlossen ist, muss man sich wohl überlegen, welche Lösung am günstigsten ist, dazu muss die ganze Lebensdauer betrachtet werden.

Falsch finde ich, wenn weil man Photovoltaik gut findet, diese einfach überall hinklatscht auch dort wo es keine wirtschaftliche Lösung ist.

Bevor diese WC – Anlage gebaut wurde, waren dort zwei Toi Toi Kabinen im Einsatz. Für 382'000.- hätte man diese mit Unterhalt 80 Jahre betreiben können...

Der Abteilungsvorsteher Finanzen, **Stadtrat Daniel Frei**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Abstimmung

Wer die Weisung annehmen will, stimmt JA. Wer die Weisung ablehnt, stimmt NEIN.

Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:

- 1. Für das Projekt «Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss» wird die Bauabrechnung von Fr. 385 560.00 inkl. MWST genehmigt.**
- 2. Das Investitionsprojekt 21460013 «Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss» wird mit einem Saldo von Fr. 385 560.00 aufgelöst.**
- 3. Das Investitionsprojekt 21460039 «Püntenanlage Winikerwiesen, Kanalisationsanschluss, Einnahmen» wird mit einem Saldo von Fr. 3008.20 aufgelöst.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

13 Weisung 134/2026 der Primarschulpflege: Umsetzung Pädagogisches Medien- und Informatikkonzept; Kreditabrechnung

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Walter Meier (EVP)**: *An der Sitzung vom 12. November 2018 hat der Gemeinderat einen Rahmenkredit von Fr. 1'261'000 für die Umsetzung des Pädagogischen Medien- und Informatikkonzepts bewilligt. Für die Beschaffung von insgesamt 1310 Geräten hat die Primarschule vier Objektkredite von insgesamt Fr. 991'447 (genau: Fr. 990'407) bewilligt:*

- Fr. 131'014 (2018)
- Fr. 343'350 (2019/20)
- Fr. 145'343 MIA-Regal
- Fr. 370'699 (2020/21)

Die Geräte wurden in den Jahren 2018 – 2021 beschafft. Die Prüfung der Abrechnung ist nicht ganz einfach, da beim Buchen zwischen der Ausrüstung von Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler unterschieden wird und oft gleichzeitig auch Ersatzbeschaffungen vorgenommen wurden. Gemäss Weisung wurden vom Kredit Fr. 945'899 benötigt, gemäss einer (zweiten) Aufstellung von Hr. P. Gacond (er hat die Abrechnung erstellt, war aber beim Buchen nicht dabei und diejenigen, die damals dabei waren, arbeiten nicht mehr auf der Schulverwaltung) geht es um Fr. 973'447. Aktiviert wurden:

- 2019: Fr. 227'184.20
- 2021 (?): Fr. 261'881.20
- 2021 (?): Fr. 541'926.80
- 2021 (?): Fr. 140'508.70

Also total: Fr. 1'171'500.90 (hier sind aber vermutlich auch Ersatzbeschaffungen enthalten. Aufgrund meiner Prüfung der Unterlagen stelle ich fest:

- *Die von der Schulverwaltung erstellte Abrechnung ist plausibel.*
- *Der Rahmenkredit wurde eingehalten.*

Die RPK empfiehlt einstimmig (9 : 0 Stimmen), dem Antrag der Primarschulpflege zuzustimmen und die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Die Präsidentin der Primarschulpflege, **Stadträtin Patricia Bernet**, verzichtet auf eine Stellungnahme.

Abstimmung

Wer die Weisung annehmen will, stimmt JA. Wer die Weisung ablehnt, stimmt NEIN.

Der Gemeinderat beschliesst mit 34:0 Stimmen:

- 1. Die Abrechnung für die Beschaffung der zusätzlichen ICT-Geräte gemäss dem Pädagogischen Medien- und Informatikkonzept der Primarschule Uster mit einem Ergebnis von Fr. 945 899 inkl. MWST wird genehmigt.**
- 2. Mitteilung an die Primarschulpflege und an den Stadtrat.**

14 Kenntnismnahmen

Gemeinderat, Interessenbindungen

Alle Ratsmitglieder haben ihre Interessenbindungen offenzulegen (Art. 27 Abs. 1 Organisationserlass des Gemeinderates [OrgErl GR]). Die neu gewählten Mitglieder wurden eingeladen, das entsprechende Formular rasch dem Parlamentsdienst zuzustellen.

Die Ratsmitglieder informieren «beim Amtsantritt und jeweils auf Beginn des neuen Amtsjahres» den Parlamentsdienst. Es handelt sich um eine Bring- und nicht um eine Holschuld.

Ratsmitglieder, deren persönliche Interessen von einem Beratungsgegenstand unmittelbar betroffen sind, weisen auf diese Interessenbindung hin, wenn sie sich im Gemeinderat oder in einem seiner Organe äussern (Art. 27 Abs. 3 OrgErl GR).

Gemeinderat, Ausstandspflicht

Von den Interessenbindungen zu unterscheiden ist die Ausstandspflicht, welche in § 32 Gemeindegesetz (GG) und Art. 28 OrgErl GR geregelt ist: Bei Ratssitzungen melden die Ratsmitglieder die Ausstandsgründe vor Beginn der Beratung der Präsidentin oder dem Präsidenten. Liegt ein Ausstandsgrund vor, hat das betreffende Mitglied seinen Platz zu verlassen; es kann die Sitzung auf der Tribüne verfolgen.

Ratsmitglieder treten in den Ausstand, wenn sie in der Sache persönlich befangen erscheinen (§ 32 Abs. 1 GG).

Ratsmitglieder, die bei der Stadt oder Sekundarstufe angestellt sind, treten bei der Behandlung von Geschäften aus ihrem Tätigkeitsbereich in den Ausstand (§ 31 Abs. 2 GG). Für «rechtsetzende Geschäfte» – und damit z. B. auch für personalrechtliche Erlasse und Besoldungsordnungen und für die Festsetzung der Nutzungsplanung (Bau- und Zonenordnung mit Zonenplan und Baureglement) – besteht keine Ausstandspflicht gemäss § 32 Abs. 2 GG, selbst wenn ein Ratsmitglied von einem solchen Geschäft stärker betroffen sein kann als ein anderes. Ebenfalls keine Ausstandspflicht besteht für ein solches Ratsmitglied für die Festsetzung des Budgets sowie in der Regel für Ausgabenbewilligungen.

Gemeinderat, Ausschluss von Ratsmitgliedern

Der Gemeinderat mit Ausschluss derjenigen Mitglieder, die nicht auf dem Gebiet der Sekundarschulgemeinde Uster wohnen, ist auch ein Organ der Sekundarschulgemeinde (Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde Uster). Damit sind Ratsmitglieder, die im zu Uster gehörenden Teil der Oberstufenschulgemeinde Greifensee-Nänikon wohnen, von den Beratungen und Abstimmungen über Geschäfte der Sekundarschulgemeinde Uster ausgeschlossen. Aktuell betrifft das Kollege Ulrich Schmid (SVP).

Verordnung über die Entschädigung der Behörden (BEV), Anpassung Teuerung

Der Stadtrat hat am 5. Mai 2026 in Anwendung von Art. 16 BEV auch für den Gemeinderat die Beträge mit Wirkung ab 18. Mai 2026 an die Teuerung angepasst (Stadtratsbeschluss 188/2026).

Gemeinde Seegräben: Volksabstimmung vom 10. Mai 2026

Die Stimmberechtigten der Gemeinde Seegräben haben am 10. Mai 2026 den Anschlussvertrag zwischen der Stadt Uster und der Gemeinde Seegräben betreffend die Übernahme von kommunalpolizeilichen Aufgaben durch die Stadtpolizei Uster auf dem Gemeindegebiet Seegräben mit 304:49 Stimmen angenommen (vergleiche GRB 19.1.2026: Weisung 113/2025).

Grüne-Fraktion, Neuwahl Präsident

Die Grüne-Fraktion hat Lukas Adam (Grüne) zu ihrem Präsidenten gewählt.

Stadtrat, Konstituierung für die Amtsdauer 2026-2030

Der Stadtrat hat sich am 5. Mai 2026 wie folgt konstituiert (Stadtratsbeschluss 182/2026):

- Gesamtverwaltung und Abteilung Präsidiales
Barbara Thalmann (SP, bisher), Stadtpräsidentin und Abteilungsvorsteherin Präsidiales
(Stv. Petra Bättig)
- Abteilung Finanzen
Daniel Frei (Grünliberale), Abteilungsvorsteher Finanzen
(Stv. Karin Fehr Thoma)
- Abteilung Bau
Richard Sägesser (FDP), Abteilungsvorsteher Bau
(Stv. Daniel Frei)
- Abteilung Bildung
Patricia Bernet (SP, bisher), Abteilungsvorsteherin Bildung
(Stv. Beatrice Caviezel)
- Abteilung Sicherheit
Beatrice Caviezel (Grünliberale, bisher), 2. Vizepräsidentin und Abteilungsvorsteherin Sicherheit
(Stv. Barbara Thalmann)
- Abteilung Soziales
Petra Bättig (FDP, bisher), 1. Vizepräsidentin und Abteilungsvorsteherin Soziales
(Stv. Patricia Bernet)
- Abteilung Gesundheit
Karin Fehr Thoma (Grüne, bisher), Abteilungsvorsteherin Gesundheit
(Stv. Richard Sägesser)

Rechtskraftbescheinigung

Gegen die Gemeinderatsbeschlüsse vom 16. März 2026 sind beim Bezirksrat Uster bis 4. Mai 2026 keine Rechtsmittel eingelegt worden.

Anfragen

Folgende Anfrage ist eingereicht worden:

- 503/2026 von Josua Graf (Grünliberale) vom 18. Mai 2026: Schiffflände, Buswendeschleife

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 643/2026 von Daniel Schnyder (SVP) und Gianluca Di Modica (FDP) vom 26. Januar 2026: «Einführung nachhaltiger Massnahmen am Uster Märt – Transparenz, Zielsetzung und Einbindung der Betroffenen» (Stadtratsbeschluss vom 14. April 2026)
- 645/2026 von Ursula Räuftlin (Grünliberale) vom 9. Februar 2026: «Sind die Abfallgebühren in Uster verursachergerecht?» (Stadtratsbeschluss vom 5. Mai 2026)

Vorstösse, Fristverlängerungen

- Postulat 619/205 von Andreas Pauling (Grünliberale), Marco Kranner (Grünliberale) und Josua Graf (Grünliberale) vom 19. Mai 2025: Transparenz bei denkmalpflegerischen Entscheiden (Beschluss der Geschäftsleitung vom 11. Mai 2026: Frist für Bericht und Antrag vom 17. Mai 2026 bis 30. Juni 2026 verlängert)

Dokumente

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 18. Mai 2026: Fachstelle Nachhaltigkeit, Flugblatt «Nachhaltigkeitswochen 27. Mai bis 9. Juni 2026»

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am Montag, 7. Juli 2026, 18 Uhr statt: Geschäftsberichte und Jahresrechnungen.

Bitte gehen Sie rasch ins Foyer des Stadthauses nebenan, wo Sie die Präsidentin der Grünliberale/EVP-Fraktion, Gemeinderätin Ursula Räuftlin, erwarten wird.

Für das Protokoll
19.5.2026

Der Ratsschreiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugt
29.5.2026

Der Präsident
Marco Kranner